

Markus Wissen

Der BUKO in der Neuen Unübersichtlichkeit

In Bonn fand vor kurzem ein Treffen zum Multilateralen Investitionsabkommen (MAI) statt, an dem laut *Taz* rund 550 Leute teilnahmen. Der BUKO war weder in der Vorbereitung noch beim Treffen selbst vertreten. Überhaupt schweigt er sich bislang zu dieser wichtigen Frage weitgehend aus. Nicht daß es keine BUKO-Mitgliedsgruppen oder -Kampagnen gäbe, die sich mit MAI befaßten: aber sie tun dies in Zusammenhängen außerhalb des BUKO und nicht primär als BUKO-Mitgliedsgruppen -bzw. -Kampagnen, sondern in eigener Sache.

Die Rolle des BUKO in der Debatte um MAI ist ein besonders drastisches Symptom seiner Krise. Obwohl es sich um eines seiner ureigensten Themen handelt, geht die Auseinandersetzung bislang am BUKO vorbei. Statt die Debatte mit voranzutreiben, sie als Chance für Bündnispolitik zu sehen und Anlaufstelle für Leute zu sein, die nach Informationen suchen, sieht der BUKO sich in die Lage versetzt, sich von anderen über den Stand der Dinge informieren zu lassen.

Weitere Krisensymptome sind hinlänglich bekannt: Trotz großer Anstrengungen vor allem seitens der Geschäftsstelle stoßen BUKO-Veranstaltungen auf immer geringere Resonanz. Die Zahl der Kongreß-TeilnehmerInnen stagniert oder geht zurück, Seminare müssen abgesagt werden, und in wichtigen Debatten ist der BUKO kaum noch präsent. Ein koordinierendes Gremium gibt es schon seit einigen Jahren nicht mehr: Verantwortung wird nach dem Zufallsprinzip wahrgenommen.

Die Krise des BUKO hat eine ganze Reihe von Ursachen, die ich hier nicht erschöpfend behandeln kann. Ich will mich auf die Erörterung zweier Entwicklungen beschränken, die ich im Hinblick auf neue Perspektiven für wesentlich halte: zum einen die inhaltliche und poli-

tische Heterogenisierung des BUKO, zum anderen die zunehmende Konkurrenz seitens professioneller Organisationen, die den BUKO an den Rand der politischen Auseinandersetzung drängen.

Die Heterogenisierung des BUKO

Der BUKO war schon immer ein inhaltlich und politisch sehr vielfältiger Zusammenschluß. Spätestens seit Beginn der 90er Jahre gewinnt die Heterogenität jedoch an Dynamik: Die Vielfalt nimmt in einem Maße zu, daß das Gemeinsame zu verschwinden droht. Während es bei den Bundeskongressen der 80er Jahre noch vergleichsweise konkret um die Verschuldungskrise oder um „Ökologie und Dritte Welt“ ging, hatte der Kongreß des vergangenen Jahres das abstrakte Thema „Gegenmacht von unten“; während internationale Solidarität - verstanden als Unterstützung von Emanzipationsprozessen in der Dritten Welt - bei den KongreßteilnehmerInnen der 70er und 80er Jahre den gemeinsamen Nenner bildete, war sie beim letzten Kongreß ein Kongreß-Thema unter anderen.

Diese Entwicklung deutet auf einen grundlegenden Wandel im Verständnis von internationalistischer Arbeit hin, der einerseits begrüßenswert ist, der aber andererseits den BUKO vor inhaltliche und organisatorische Probleme stellt. Begrüßenswert ist der Wandel insofern, als notwendige Debatten angestoßen wurden. Ich denke an die Debatten über Nachhaltigkeit, über Rassismus und Flüchtlingspolitik, die Kritik des Entwicklungsdenkens oder die Patriarchatskritik. Indem der BUKO sich diesen Fragen stellte, öffnete er sich zugleich anderen sozialen Bewegungen ohne explizit internationale Orientierung.

Davon zeugt auch die Breite des Spektrums von Gruppen und Einzelpersonen, die beim Paderborner Kongreß vertreten waren.

Das Problem, vor das sich der BUKO durch diese Entwicklung gestellt sieht, liegt darin, daß das Verbindende in der zunehmenden Vielfalt verlorenzugehen droht. Die Frage bleibt offen, was den Laden eigentlich noch zusammenhält. Hierauf eine Antwort zu finden, ist für die Weiterexistenz des BUKO dringend nötig.

Konkurrenz durch Professionalisierung

Die interne Heterogenisierung erschwert es dem BUKO, mit profilierten Positionen in öffentliche Debatten einzugreifen. Die Folge ist eine politische Marginalisierung, die durch zunehmende Konkurrenz seitens professioneller Organisationen von außen noch verstärkt wird. Zu Beginn der 90er Jahre nabelten sich einige Alt-AktivistInnen und Gruppen vom BUKO ab und gründeten neue einschlägige Organisationen: *WEED* und *Germanwatch*. Deren Arbeit stößt ebenso wie jene der Ländernetzwerke oder der Clean Clothes Campaign nicht nur in der entwicklungspolitisch interessierten Öffentlichkeit, sondern auch bei BUKO-Gruppen auf große Resonanz.

Ihr Erfolgsrezept liegt darin, organisatorisch und inhaltlich jenen Entwicklungen vorzubeugen, die dem BUKO das Leben schwer machen: Heterogenisierungstendenzen wird durch die Konzentration auf jeweils ein zentrales Politikfeld sowie auf jeweils eine bestimmte Form der öffentlichen Artikulation (Lobbying, Expertisen) vorgebeugt. Politische Differenzen werden durch einen Grundkonsens der Beteiligten auf ein Minimum reduziert. Da es sich entweder um einen kleinen, überschaubaren Kreis von Aktiven handelt (*WEED*) oder um relativ hierarchisch strukturierte Organisationen, in denen ein bundesweites Entscheidungsgremium die Richtung vorgibt (*Germanwatch*, *Clean Clothes Campaign*), ist eine schnelle Entscheidungsfindung ebenso gewährleistet wie öffentliche Präsenz.

Bei einigen der in den vergangenen Jahren neu entstandenen Organisationen handelt es sich um „BUKO-Ausgründungen“. Es liegt nahe, in ihnen den Versuch zu sehen, den skizzierten Mühen der Bewegungspolitik zu entkommen und sich mit dem im Laufe der Jahre angesammelten Sachverstand

wirksamer an öffentlichen Debatten zu beteiligen. - Der Versuch ist geglückt: Während der BUKO abseits vieler wichtiger Diskussionen steht, stehen die neuen Organisationen oft im Zentrum. Auch das ist für den BUKO langfristig existenzgefährdend.

Sowohl die professionellen Ausgründungen als auch die interne Heterogenisierung bedeuten für den BUKO also eine große Herausforderung, der er in den letzten Jahren nicht gerecht geworden ist: Es geht um eine Neubestimmung internationalistischer Arbeit und internationaler Solidarität, die es ermöglicht, die vielfältigen Ansätze innerhalb des BUKO als Teile eines gemeinsamen Ganzen zu begreifen und dem BUKO damit einen eindeutigen politischen Ort im Spektrum internationaler Solidaritätsarbeit zuzuweisen. Dazu will ich im folgenden einige Anmerkungen machen - und zwar in zwei Schritten: zunächst über eine Kritik der Professionalisierung und anschließend über die Erörterung der Chancen, die in der Heterogenität des BUKO liegen.

Kritik der Professionalisierung

Es wäre falsch, die Professionalisierung von Solidaritätsarbeit zu verteufeln - nicht nur, weil sie in Gestalt der Kampagnen im BUKO selbst präsent ist. Sie kann auch viele brauchbare und wichtige Ergebnisse vorweisen: Fundierte Studien zu weltwirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Fragen etwa sind wichtige Informationsquellen und Argumentationshilfen für die Arbeit an der Basis; ein verhindertes Staudammprojekt oder ein Verbot von Kinderarbeit in der Teppichindustrie sind Erfolge, die die Lebenssituation vieler Menschen unmittelbar verbessern; kleine überschaubare bzw. hierarchisch strukturierte Zusammenhänge hochkompetenter Menschen schließlich helfen, das öffentliche Bewußtsein für entwicklungspolitische Probleme zu schärfen.

Doch haben diese Erfolge ihren Preis: Die Ergebnisse professionalisierter Solidaritätsarbeit sind in aller Regel nur begrenzt „marktfähig“. Zwar lassen sich Schuldenreports, Gutachten über Hermes-Bürgschaften oder fundierte Analysen des geplanten Multilateralen Investitionsabkommens gut verkaufen. Die Verkaufserlöse reichen aber nicht aus, um das finanzielle Überleben der betreffenden Organisationen zu sichern. Drittmittel sind also erforderlich. Und die lassen sich in Zeiten großer Geldknappheit bei den Gebern am besten durch den Nachweis von hoher Sachkompetenz

einwerben. Kritik ist dabei zwar durchaus gefragt, doch muß sie so formuliert sein, daß ihre Anschlußfähigkeit an den herrschenden Diskurs zu keiner Zeit infragesteht.

Dies gilt auch und vor allem dann, wenn mensch beim Lobbying als GesprächspartnerIn ernstgenommen werden will. Der *Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO)* empfiehlt folgerichtig seiner Klientel, „Gespräche mit den Politikern zielgruppenorientiert, d.h. mit einer gehörigen Portion Pragmatismus“ zu führen. Wie könnte er auch anders: kann sich entwicklungspolitisches Lobbying doch nur auf eine äußerst beschränkte Machtbasis stützen: Auf ökonomischen Druck läßt sich nicht bauen. Entwicklungspolitische Initiativen sind nur sehr begrenzt in der Lage, der Gesellschaft reproduktionsnotwendige Leistungen vorzuenthalten: Im Gegensatz zu Arbeitsniederlegungen im öffentlichen Dienst würden ein Streik bei *VENRO*, abgesagte *WEED*-Seminare oder leere Spalten im Rundbrief von *Germanwatch* vermutlich nur wenige Gemüter erhitzen.

Auch moralischer Druck ist für entwicklungspolitische Belange nur schwer zu erzeugen. Er setzt konkrete Probleme voraus, deren Dringlichkeit jedermann/frau sofort einsichtig ist und zu deren Lösung mensch mit einem geringen Zeiteinsatz beitragen kann (wie etwa das Schicksal einzelner Gefangener, für die amnesty international Unterstützung in Gestalt von Postkarten-Aktionen mo-

bilisiert). Entwicklungspolitisches Lobbying hat es dagegen mit komplexen Strukturen zu tun, die schwer durchschaubar sind und deren Veränderung einen hohen Einsatz erfordert.

Was bleibt, ist der Versuch argumentativer Überzeugung. Politischen Entscheidungsträgern wird unter der Prämisse zu Leibe gerückt, daß das Elend der Welt maßgeblich durch „falsche Politik“ verursacht sei, die sich ihrerseits auf Uneinsichtigkeit und/oder mangelnde Sachkenntnis des staatlichen Personals zurückführen lasse. Sind diese Mängel erst einmal behoben, ist Hoffen angesagt. Ein - vielleicht etwas extremes - Beispiel hierfür liefert das „Süd-Nord EXPO-Watch-Büro“, das die Erwartungen der Nicht-Regierungsorganisationen im Vorfeld der UN-Sondergeneralversammlung „5 Jahre nach Rio“ formuliert: „Wenn der Bundeskanzler tatsächlich nach New York fliegt und sich voll hinter die Agenda 21 stellt, könnte von dort auch für die EXPO 2000 eine Agenda-Schubkraft entstehen.“

Entwicklungspolitischer Lobbyismus läuft in Zeiten allgemeiner Bewegungsmüdigkeit weitgehend ins Leere. Erst eine starke soziale Bewegung würde es ihm ermöglichen, seinen GesprächspartnerInnen gegenüber nicht nur pragmatisch, sondern auch fordernd aufzutreten - nach dem Motto: Macht das, sonst droht euch Schlimmeres. Das scheinen die meisten LobbyistInnen zu vernachlässigen. So erreichen sie denn auch bestenfalls punktuelle Veränderungen und laufen Gefahr zum demokra-

tischen Deckmantel marktradikaler Entwicklungspolitik zu werden, zu einer zivilgesellschaftlichen Bereicherung des Systems, derer dieses dringend bedarf, um nicht an seinen eigenen Widersprüchen zugrunde zu gehen.

Der BUKO hat sich demgegenüber immer als Ort verstanden, an dem über das Bestehende hinaus gedacht wird. Die Bereitschaft zur Kapitalismuskritik ist ein Grundkonsens, der auch diejenigen eint, die in konkreten Debatten gegensätzliche Positionen vertreten (siehe z.B. die Debatte um die Schwertfisch-Position im „Bausteine-Papier“). Angesichts des in weiten Teilen der Solidaritätsbewegung herrschenden kapitalismuskritischen Vakuums liegt hier ein Element zur politischen Ortsbestimmung des BUKO, das nicht unterschätzt, sondern durch entsprechende Positionen profiliert werden sollte. Das allein reicht natürlich nicht aus, um neue, langfristige Perspektiven zu entwickeln. Hierzu müssen auch die skizzierten Probleme gelöst bzw. Chancen wahrgenommen werden, die sich aus der BUKO-internen Heterogenisierung ergeben.

Chancen der Heterogenisierung

Der ursprüngliche Bezugspunkt internationalistischer Politik, die „Dritte Welt“, ist längst nicht mehr die einheitliche Größe, die etwa der Ausdruck „Trikont“ suggeriert (wahrscheinlich war sie es auch nie): zum einen, weil sich die Lebenslagen zwischen vielen Ländern des Südens und innerhalb derselben immer weiter auseinanderentwickeln; zum anderen, weil die „Dritte Welt“ zunehmend auch in der Ersten Einzug hält. Der Kapitalismus entledigt sich auch in den Zentren der sozialen Fesseln, die ihm in den wohlfahrtsstaatlichen Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit angelegt wurden - sichtbar an Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, neuen Formen der Ausgrenzung (z.B. von Obdachlosen aus den Innenstädten). „Dritte Welt“ ist nicht länger nur eine geographische, sondern auch eine sozialstrukturelle Kategorie.

Ich will hier nicht den Eindruck erwecken, als würden in absehbarer Zeit alle Unterschiede zwischen den kapitalistischen Zentren und der Peripherie verschwinden. Gemessen an makroökonomischen Größen dürfte der Abstand zwischen reichen und armen Ländern eher größer werden. Feststellen läßt sich aber, daß auch die Widersprüche innerhalb der Zentren unter den Be-

dingungen eines globalisierten Kapitalismus an Schärfe gewinnen. Die Zahl der VerliererInnen neoliberaler Restrukturierung nimmt weltweit zu. Widerstand äußert sich dagegen lokal, regional oder allenfalls national begrenzt, das Subjekt menschlicher Emanzipation, das nur eine starke grenzüberschreitende Bewegung sein kann, ist nirgends in Sicht. Eine Ursache hierfür ist, daß das gemeinsame Interesse der Subalternen nicht unmittelbar auf der Hand liegt. Denn der postfordistische Kapitalismus produziert nicht nur jede Menge VerliererInnen, er versteht es auch, diese untereinander so zu spalten, daß sie ihren Gegner eher unter ihresgleichen suchen als in den zerstörerischen Strukturen des Systems und deren Nutznießern. Er spaltet sie in Beschäftigte und Arbeitslose, Kern- und Randbelegschaften, Sozialversicherte und Scheinselbständige, InländerInnen und (Arbeits-)MigrantInnen, Beschäftigte am „Standort Deutschland“ und Beschäftigte in Osteuropa oder der Dritten Welt.

Die Erwartung jedenfalls, daß eine „objektive Klassenlage“ den Betroffenen soweit bewußt würde, daß sie von sich aus zu gemeinsamem Handeln bereit und in der Lage wären, ist mehr als hinfällig. Wenn überhaupt, flammt Widerstand punktuell auf. Zwar äußert er sich dabei oft sehr medienwirksam (Arbeitslosenproteste in Frankreich, Aufstand in Chiapas), ist aber entweder nur von kurzer Dauer oder weitet sich nicht in einem Maße aus, das für seinen Erfolg notwendig wäre.

Für internationalistische Politik ergeben sich hieraus zwei Aufgaben. Zum einen erfordert die Veränderung des Bezugspunktes, der „Dritten Welt“, eine Neubestimmung des Begriffs „Internationalismus“ bzw. „internationale Solidarität“. Wenn die Dritte Welt auch in der ersten Einzug hält, dann muß die soziale Frage in den Zentren in die internationalistische Arbeit miteinbezogen werden. Zum anderen und daran anknüpfend gilt es, die Segmentierung der VerliererInnen des postfordistischen Kapitalismus zu überwinden. Nur dann kann an die Möglichkeit von Emanzipationsprozessen wieder gedacht werden.

Hieran mitzuwirken, ist der BUKO zumindest potentiell in der Lage: Vor dem Hintergrund der Peripherisierung von Teilen des Nordens und der Spaltung der Subalternen - so meine gewagte These - kann die Heterogenität des BUKO sogar zum strategischen Vorteil werden. Wenn sich ein Verband aus einem inhaltlich und politisch vielfäl-

tigen Spektrum von Gruppen zusammensetzt, dann sieht er sich zwar einer permanenten Zerreißprobe ausgesetzt. Gleichzeitig verfügt er aber über die organisatorische Möglichkeit, die Segmentierung von Protest zu überwinden und einen Austausch zwischen ansonsten getrennten oder gar isolierten Sphären zu institutionalisieren.

Inhalte und Strukturen künftiger BUKO-Arbeit

Soll es nicht bei der bloßen Möglichkeit bleiben, muß das Bemühen um Koordination zum zentralen Gegenstand künftiger BUKO-Arbeit werden. Es geht darum, die Zusammenarbeit zwischen thematisch verwandten BUKO-Mitgliedsgruppen als auch zwischen diesen einerseits und Gruppen außerhalb des BUKO andererseits anzuregen bzw. zu stärken. Was die BUKO-übergreifende Koordination angeht, könnte z.B. versucht werden, VertreterInnen von Bündnissen gegen Sozialabbau beim jährlichen Kongreß bzw. im Rahmen des Ratschlags mit Initiativen zusammenzubringen, die sich im Süden gegen neoliberale Anpassungsprogramme wehren. Der BUKO würde so eine Art Schnittstellen-Funktion zwischen südlicher und nördlicher Peripherie einnehmen, die angesichts der Segmentierung von Protest von großer Bedeutung ist. Dabei ließe sich durchaus an bestehende Initiativen anknüpfen. Ich denke etwa an den *Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik*, der schon seit längerer Zeit BUKO-interne und -übergreifende Koordinierungsaufgaben wahrnimmt. Anknüpfungspunkte zu Initiativen gegen Sozialabbau ergeben sich hier insofern, als an Flüchtlingen und MigrantInnen vielfach ausprobiert wird, was anschließend den wachsenden inländischen „Randgruppen“ an Rechten genommen wird.

Um das Bemühen um Koordination organisatorisch zu erleichtern, müssen die BUKO-Strukturen weiterentwickelt werden. Mein Vorschlag sieht im wesentlichen zwei Neuerungen vor: Erstens sollten thematische Koordinationen gebildet werden, zu denen sich jeweils die Gruppen, Arbeitsschwerpunkte und Kampagnen zusammenfinden, die zu denselben oder ähnlichen Themen arbeiten. Gezielt eingeladen werden sollten auch Gruppen von außerhalb des BUKO. Die Koordinationstreffen dienen der inhaltlichen Diskussion sowie der Planung und Abstimmung von gemeinsamen und/oder dezentralen Aktionen, bei denen alle Bündnis-

möglichkeiten, also auch gegenüber Organisationen wie *WEED*, *German-watch* und den Ländernetzwerken ausgeschöpft werden sollten.

Die thematischen Koordinationen entsenden - zweitens - jeweils einen Mann und eine Frau in den SprecherInnen-Rat, in dem des weiteren auch die Geschäftsstelle und *alaska* vertreten sind. Der SprecherInnen-Rat trifft sich zweimonatlich, um Informationen aus den verschiedenen Koordinationen sowie aus nationalen und internationalen Kontakten auszutauschen, bislang ungenutzte, weil unerkannte Kooperationsmöglichkeiten ausfindig zu machen und perspektivisch ein Netz zwischen verschiedenen Teilen der Bewegung zu spinnen, die bisher keine Kontakte unterhalten.

Der Kongreß findet weiterhin einmal jährlich statt. Er hat wie bisher ein Schwerpunktthema und schafft darüber

hinaus Raum für den Austausch der thematischen Koordinationen untereinander. Bei Bedarf regt er die Bildung neuer Koordinationen an. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis ist er von organisatorischen Aufgaben, vor allem von Wahlen, weitgehend befreit. Diese werden von den thematischen Koordinationen und dem SprecherInnen-Rat mit Unterstützung der Geschäftsstelle wahrgenommen. *alaska* ist das Forum für Debatten, die nach innen der politischen Selbstverständigung und nach außen der Profilierung des BUKO dienen.

Vordergründig weicht dieses Modell vom Grundsatz der Basisdemokratie ab, wird doch der Kongreß seiner Entscheidungsfunktionen weitgehend beraubt. Faktisch werden aber die Entscheidungskompetenzen all derer aufgewertet, die auch die Arbeit tun, das heißt der Gruppen in den thematischen Koordinationen. Das erscheint mir legitim und

könnte - ebenso wie die Impulse, die von letzteren zu erwarten sind - ein Anreiz für die Mitgliedsgruppen sein, sich wieder stärker in die Arbeit des BUKO einzubringen.

Es wird sicherlich schwierig sein, sich auf neue Strukturen zu einigen. Noch schwieriger wird es wahrscheinlich, diese personell zu füllen. Dennoch sehe ich keine Alternative zu organisatorischen Reformen. Eine Zeit lang mag es noch so weitergehen wie momentan. Auf die Dauer ist der jetzige Zustand aber für die Geschäftsstellen-MitarbeiterInnen eine Zumutung und für den BUKO existenzgefährdend. Mit der Einigung auf neue Strukturen und Strategien, die gleichwohl an das Vorhandene anknüpfen, kann der BUKO sich dagegen dem Kongreßthema des vergangenen Jahres annähern: Gegenmacht von unten zu sein.

1. Old and New Dreams: Vom Sterben und Überleben sozialer Bewegungen

Es gehört zur Ideologie der Neuen Weltordnung (NWO), soziale Bewegungen hätten in ihr ausgedient und seien zusammen mit dem "Ende der Geschichte" sang- und klanglos auf den Müllhaufen gewandert. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich ein anderer Befund. Zum einen scheint die Anzahl von Basisorganisationen und grassroots-movements heute eher größer zu sein als jemals vorher - und das Vertrauen in das herrschende System scheint heute nicht gerade höher zu sein als vor 20 Jahren. Zum anderen gibt es zwar soziale Bewegungen, die in der Krise stecken - so unterschiedliche wie die Gewerkschaftsbewegung, die Ökologiebewegung und die Frauenbewegung; aber es gibt ebenso soziale Bewegungen, die unter den Bedingungen der NWO sehr erfolgreich weitergearbeitet und alte Ziele schlicht erreicht haben. Ein Beispiel ist die Lesben- und Schwulenbewegung, die in den letzten Jahren das alte Ziel der Streichung des §175 ebenso erreicht hat wie eine substantielle rechtliche, ökonomische und kulturelle Emanzipation. Ein anderes Beispiel ist die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB). Ferner gibt es Bewegungen wie den Neozapatismus, die sich in einem jahrelangen Prozeß bereits unter den Bedingungen der NWO konstituiert haben und zumindest erstaunlich weit gekommen sind.

Perspektiven der Internationalismus-Bewegung und Krise des BUKO

Christoph Spehr

Die Anti-Apartheid-Bewegung ist nicht zuletzt deshalb interessant, weil es Zeiten gab, wo es ihr noch weitaus schlechter ging als dem BUKO heute. Ende der 60er waren der ANC und sämtliche andere große Organisationen in Südafrika verboten, die gesamte Führung der Bewegung saß im Knast, die militärische Option war rundheraus gescheitert, und es deutete überhaupt nichts darauf hin, daß es zu einem neuen Zyklus von Bewegung kommen würde. Die eigentliche Erfolgsphase, die Wende von 1985 bis hin zur Wahl von 1994, fällt bereits definitiv in die Zeit der NWO, von der wir landläufig eigentlich das Abflauen oder Scheitern sozialer Bewegungen erwarten.

Was sich an der Anti-Apartheid-Bewegung besonders deutlich zeigen läßt,

aber auch für andere Bewegungen gilt, sind die drei Grundbestimmungen, die eine soziale Bewegung haben muß: Forderung; Consciousness; Organisation. Eine soziale Bewegung muß eine zentrale Forderung haben, die klar verständlich ist - eine Forderung, die im Konflikt zur derzeitigen herrschenden Ordnung steht, der aber auch eine gewisse innere Unabweisbarkeit inneohnt. Solche Forderungen sind konkret; sie heißen nicht "Frieden" oder "Ökologie", sondern "Abrüstung" oder "Ausstieg aus der Atomkraft" usw. Im Fall der AAB war die zentrale Forderung die Formel "one man, one vote": allgemeines, gleiches, direktes Wahlrecht ohne Ansehen der Hautfarbe; keine "Kammernsysteme", keine Homelands, einfach pro Mensch eine Stimme. Darum ging es, daran krachte es, das wurde letztlich erreicht (und jetzt stellen